

Anrede,

aktuell kämpfen die Beschäftigten im Einzelhandel für faire Lohnerhöhungen – da mischen wir uns als Politik nicht ein.

Aber sie kämpfen auch dafür, dass gute und gerechte Löhne allen Beschäftigten gleichermaßen zu Gute kommen, so wie es sich in einer sozialen Marktwirtschaft gehört, und nicht nur einer Minderheit, wie es leider seit Jahren der Fall ist.

Besonders im Einzelhandel und in der Pflege, aber auch in anderen Branchen stehen sich immer mehr Unternehmen aus ihrer Verantwortung für die Tarifautonomie, verweigern flächendeckende Tarifverträge und damit die Sozialpartnerschaft und einen fairen Wettbewerb.

Drei aktuelle Beispiele:

- die Tariffucht von Real vor einem Jahr,
- der beabsichtigte Ausstieg des fusionierten Karstadt-Kaufhof-Konzerns aus dem Tarifvertrag,
- die Verweigerung von Karstadt Sports, anders als bei den Karstadt-Warenhäusern nicht in den Flächentarif zurückzukehren - eine absurde Situation: ein Unternehmen, aber drei verschiedene Tarife.

Dieser Umgang mit Tarifverträgen nach Gutsherrenart ist für mich eine Perversion der sozialen Marktwirtschaft und wir stehen beim Kampf der Kolleginnen und Kollegen für ihren Flächentarifvertrag an ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dass es auch anders geht, dass gerechte Löhne, gleiche Arbeitsbedingungen und fairer Wettbewerb zusammengehören, beweisen gerade die Sozialpartner im Hamburger Gastronomiegewerbe, die NGG und die DEHOGA: Sie wollen gemeinsam die Allgemeinverbindlichkeit ihres Tarifvertrages erreichen.

Das ist ein gutes Zeichen - ebenso wie die Verlängerung des bisher einzigen allgemeinverbindlichen Tarifvertrags in Hamburg: nämlich im Sicherheitsgewerbe.

Aber das sind die Ausnahmen. Unser politisches Ziel ist es dagegen:

Die Erklärung von Tarifverträgen darf nicht die Ausnahme sein, sondern muss zur Regel werden, wie in vielen Ländern um uns herum.

Unser Grundgesetz räumt den Sozialpartnern mit der Tarifautonomie weitgehende Freiheit bei der Ausgestaltung von Einkommen und Arbeitsbedingungen ein.

Doch die unabdingbare Voraussetzung von Tarifautonomie ist die allgemeine, gleiche, verbindliche Geltung der vereinbarten Tarifverträge für alle Unternehmen und alle Beschäftigten.

Ohne Tarifbindung keine Tarifautonomie, ohne Tarifbindung keine soziale Marktwirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie sieht die Realität aus?

In Hamburg arbeiten gerade noch 45% der Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben. In manchen Branchen, vor allem im Einzelhandel und in der Pflege, sind es noch viel weniger.

Deshalb fordern die Gewerkschaften zu Recht die Stärkung der Tarifbindung und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen diese Forderung, und der rot-grüne Hamburger Senat tut es auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Beschluss des Bundesrates von vor wenigen Tagen heißt es dazu:

*„Untrennbar mit der sozialen Marktwirtschaft verbunden sind die Sozialpartnerschaft, die Tarifautonomie und die Tarifbindung. (...)*

*Tarifverträge sind unsere Basis der sozialen Marktwirtschaft.*

*Seit den Gründungszeiten der sozialen Marktwirtschaft gab es den Grundsatz, dass der Wettbewerb über die Qualität und nicht über die Löhne ausgetragen werden sollte.*

*Auf diese Weise stützen Tarifverträge ein hochwertiges Wirtschafts- und Wachstumsmodell, das nicht auf Billigproduktion, sondern auf hoher Produktivität und Innovationskraft beruht.“*

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, Vorschläge für die Stärkung der Tarifbindung und insbesondere eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vorzulegen.

Initiiert wurde er unter anderem von Hamburg. Die ursprüngliche Vorlage von Hamburg, Bremen, Brandenburg und Thüringen war allerdings konkreter und verbindlicher.

Sie wurde allgemeiner gefasst, um die Unterstützung des CDU-regierten Nordrhein-Westfalens zu gewinnen.

Das ist einerseits ärgerlich, weil noch konkreter noch besser gewesen wäre, aber es ist andererseits realpolitisch ein wichtiges Signal, dass es auch in der CDU noch Kräfte gibt, die die soziale Marktwirtschaft erhalten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Hamburg arbeiten wir seit acht Jahren für die Stadt der Guten Arbeit.

Neben Mindestlohn, Abbau von Leiharbeit und Befristungen, Mitbestimmung und vielem mehr, sind Tariftreue und Tarifbindung dabei für uns zentrale Ziele.

Die Tarifautonomie ist vor hundert Jahren zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften im Stinnes-Legien-Pakt vereinbart und bei der Gründung der Bundesrepublik im Grundgesetz verankert worden.

Diese demokratische Errungenschaft ist heute wieder bedroht. Es ist Zeit, für ihren Erhalt zu streiten. Die SPD ist dazu bereit.“